„Außerhalb offizieller Regularien"

Mit dem Finanzgebaren des früheren Innerdeutschen Ministers Egon Franke und seines Ministerialdirektors Edgar Hirt müssen sich, auf Antrag des Franke-Nachfolgers Rainer Barzel, nun der Bundesdisziplinaranwalt und die Staatsanwaltschaft befassen.

Das hatten letzten Freitag die Bundestagsabgeordneten Lieselotte Berger (CDU), Albert Nehm (SPD) und Hans-Günter Hoppe (FDP) empfohlen; ihnen obliegt die Kontrolle der Gelder, die für die sogenannten besonderen Bemühungen wie den Häftlingsfreikauf verwendet werden.

Sicher ist, daß Franke und Hirt grob gegen das Haushaltsrecht verstoßen haben. In den Jahren 1979 bis 1982 verwendeten sie knapp 5,6 Millionen Mark aus einem Etat-Titel, aus dem humanitäre Maßnahmen in der DDR finanziert werden, für andere Zwekke. Die Entnahmen, über die Hirt bar verfügen konnte, wurden falsch deklariert und dadurch der parlamentarischen Kontrolle entzogen.

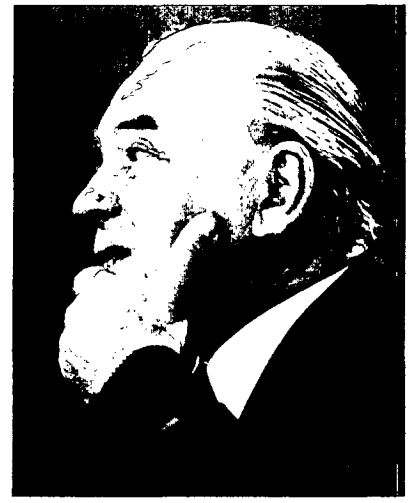
Möglicherweise hätte es der Dreier-Ausschuß, der die beiden Genossen letzte Woche mehrere Stunden lang anhörte, bei einer Rüge für diese Praktiken belassen. Voraussetzung dafür wäre allerdings gewesen, daß Franke und Hirt die Verwendung der Mittel belegt hätten.

Das aber konnten – alle schriftlichen Unterlagen wurden stets vernichtet – oder wollten sie nur ansatzweise. Franke nannte als Beispiele für die Verwendung zu anderen Zwecken Schmiergeldzahlungen bei internationalen Agenten-Austauschaktionen. In den vergangenen Jahren sei es bei derlei Geschäften immer häufiger zugleich auch um die Befreiung von DDR-Häftlingen gegangen.

Hirt führte Fälle an, in denen Bundesbürger, die der Bundesnachrichtendienst für kleinere Spionageaufträge gewonnen hatte, mit diesen Geldern aus Ostblock-Ländern freigekauft wurden. Und beide erläuterten, wie ein Teil der Mittel mit nichtstaatlichen Organisationen verrechnet wurde – für spezielle Hilfsleistungen, die das Ministerium aus Rücksicht auf die üblichen Freikaufgeschäfte nicht selber übernehmen wollte.



Ex-Ministerialdirektor Hirt



Ex-Minister Franke

Dem Dreier-Gremium reichte das nicht. Soweit Angaben gemacht wurden, befanden die Parlamentarier, seien sie „nicht zureichend glaubhaft" gewesen.

Egon Franke ficht das nicht an: Es sei „bedrückend", daß die erfolgreiche Arbeit des Ministeriums „jetzt im Wahlkampf ins Gerede gebracht worden ist". Ihm sind die Einzelheiten, die schon bisher an die Öffentlichkeit gekommen sind, vielmehr Beweis genug, richtig gehandelt zu haben.

Der Ex-Minister: „Für diese Fälle ist es ja gerade typisch, daß sie schnell und geheim, außerhalb offizieller Regularien und ohne jegliche Formalität abgewickelt werden."

Lambsdorff gegen Kohl

Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff sperrt sich gegen eine Zusage von Bundeskanzler Helmut Kohl, die in Kohls Wahlkreis Ludwigshafen gelegene Alcan-Aluminiumhütte mit acht Millionen Mark zu unterstützen (SPIEGEL 6/1983). Der Minister ließ über seinen Staatssekretär Dieter von Würzen dem Kanzler bestellen, in seinem Haushalt sei für eine solche Zusage kein Geld; im übrigen sei er aus Prinzip gegen derartige Subventionen. Mitarbeiter des Kanzlers suchen nun nach anderen Wegen, um Kohls Versprechen einlösen zu können.

Draht zu Gaddafi

Libyens Staatschef Muammar el-Gaddafi bemüht sich, mit Hilfe des AA-Staatsministers Jürgen Möllemann einen rechtskräftig verurteilten Mörder freizubekommen. FDP-Möllemann interveniert derzeit bei Justizbehörden in Bonn und Düsseldorf: Er will die Freilassung des 28jährigen Libyers Beschir el-Mida durchsetzen. El-Mida hatte im Mai 1980 einen ehemaligen Wirtschaftsattaché der libyschen Botschaft mit vier Schüssen getötet: Der Diplomat hatte sich geweigert, in die Heimat zurückzukehren, und war deshalb vom Revolutionskomitee in Tripolis zum Tode verurteilt worden. Schütze el-Mida muß, so entschied das Bonner Schwurgericht, eine lebenslange Haftstrafe verbüßen. Möllemann hatte den Fall jüngst mit einem Vertrauten Gaddafis besprochen. Der Staatsminister stellt in Aussicht, im Gegenzug werde Libyen, möglicherweise, verurteilte Deutsche freilassen. Möllemann: „Hier geht es um Menschlichkeit."

Von der Post zum Bund

Postminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) betätigt sich als Soldatenwerber. Vertreter der Bundeswehr hatten bei Kontaktgesprächen bekundet, sie würden gern Handwerker als Zeitsoldaten einstellen. Schwarz-Schilling bot darauf die Vermittlung von Postlehrlingen an. In einem Runderlaß an die Oberpostdirektionen mahnt der CDU-Minister zwar: „Bei der Information der AzB (Auszubildenden) muß darauf Wert gelegt werden, daß die freie persönliche Entscheidung der AzB über ihren beruflichen Werdegang gewahrt bleibt." Doch in dem Schreiben fordert er seine nachgeordneten Dienststellen auf, Namen und Anschriften von Lehrlingen, die bei der Post nicht weiterbeschäftigt werden, der Bundeswehr zu melden.